

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierjährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaltene Kolonne:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Übergangszeit vom Krieg zum Frieden

Unter jüngsten Erschütterungen vollzog sich im schönen Sommer 1914 plötzlich der Übergang vom Frieden zum Kriege und die Industrie mußte sich zum Teil unmittelbar, zum andern Teil allmählich den veränderten Verhältnissen anpassen, bis schließlich aus der ganzen Friedenswirtschaft eine vollständige Kriegswirtschaft wurde. Diese ist freilich nicht so aufzufassen, daß nur die gesamten Gewerbe ausschließlich und unmittelbar für den Kriegsbedarf arbeiten und daneben nichts anderes vorhanden sei. Es ist es natürlich nicht. Es wird nach wie vor auch für den Bedarf der großen Masse des Volkes zu Hause gearbeitet. Tatsache ist aber, daß die Kriegsbedürfnisse in erster Weise Sicher, maßgebend für das ganze Wirtschaftsleben sind und die Warenherzeugung für den Zivilbedarf davon abhängig ist. Verschiedene Rohstoffe, zum Beispiel Leder, sind monopolisiert und eine Reichszentralstelle (Kriegsleder-Altingergesellschaft) besorgt den An- und Verkauf, wobei immer zuerst der Kriegsbedarf besorgt und erst dann der Zivilbedarf berücksichtigt wird.

So ist es in allen kriegsführenden Ländern. Es ist eine gänzliche Umkehrung der Wirtschaft eingetreten, sie ist in der Hauptsache einseitig geworden und es ist selbstverständlich, daß man mit dem Gedanken an das Ende des Krieges auch die Frage verbindet, wie sich die Rückkehr der Wirtschaft zur Friedensarbeit vollziehen wird. Es ist schon oft und von den verschiedensten Leuten gesagt worden: Wir sind vom Kriege übertumpft worden, lassen wir uns nicht auch vom Frieden übertumpeln. Das wäre allerdings immerhin das „kleinere Übel“, denn auch der plötzlich kommende Friede würde immer noch angenehmer und erträglicher sein als der erfolgreichste weitere Verlauf des Krieges.

Für den Übergang zur Friedensarbeit kommen verschiedene Verhältnisse in Betracht. In der letzten Tagung des Reichstags hat der Genosse Mollenbuhr die voraussichtliche Lage der Arbeiter in dieser bedeckten Zeit besonders beleuchtet. In der Reichstagsitzung vom 14. Januar führte er in der Erörterung über die sozial-politischen Resolutionen des Reichshaushaltsausschusses unter andern folgendes aus:

„Wenn Millionen aus dem Felde zurückkehren, muß das ganze Wirtschaftsleben darauf eingestellt werden, und das geht natürlich nicht mit einem Schlag. Es muß also dafür gesorgt werden, daß die Leute, die nicht sofort in Arbeit treten können, den Schwabengräben nicht lediglich mit dem Charakter vertauschen und in diesem Elend zugrunde gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade im größten Bundesstaat, in Preußen, ist eine Vorsorge für die Menschen bisher noch gar nicht getroffen. Wir müssen aber mit der Menschenkraft haushalten und eine weise Ökonomie mit ihr treiben. Deshalb muß nach dem Kriege auch ein Ausbau der Arbeiterschutzherrschung in Angriff genommen werden. Freilich sagen die Unternehmer bei solchen Maßregeln nichts, dann müsse die Industrie zugrunde gehen. Wir haben bei solchen Gelegenheiten hier dieselben Reden gehört, die im englischen Parlament bei der Einführung der Kinderschutzgesetze erfolgten. Die Versicherung selbst loistet uns aber gar nichts, sondern kostet verursachen die Krankheiten, die Unfälle, die Invalidität. (Lebhafte Sicht richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade durch die Krankenversicherung ist die Zahl und die Dauer der Krankheiten erheblich zurückgegangen und ihre Folgen sind weniger schlimm geworden. Man kommt auch immer damit, daß die Industrie konkurrenzfähig wird auf dem Weltmarkt.“

Nach Mollenbuhr äußerte sich auch Kollege Brandes über die Notwendigkeit dieser Fürsorge, wobei er besonders auch den Arbeitsnachweis würdigte.

Aber auch die andere Seite, die Vertretung der Unternehmer, rüht sich für ihre Angehörigen im Hinblick auf die kommende Friedenszeit. So haben die sächsischen Industriellen an den Reichstag um Erlaubnis von Bestimmungen für den Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft eine Eingabe gerichtet. Darin werden ganz andere Vorschläge gemacht, als sie die Arbeitervertreter zum Schutz der Arbeiter vorgebracht haben. Was die Herren aus Sachsen wollen, das ist nicht mehr und nicht weniger als eine verschärzte Zollpolitik mit förmlichem Einfuhrverbot und Monopolisierung der einheimischen Erzeugung mit Preiswillkür. In der Eingabe wird auf die Gefahr hingewiesen, daß bei dem Übergang aus der Kriegswirtschaft eine Entlastung des deutschen Marktes von Rohstoffen, Halb- und Ganzfabrikaten eintrete und infolgedessen bei sofortiger Annahme der Handelsbeziehungen mit dem jetzt feindlichen Ausland zu befürchten wäre, daß bei dem nach Wiederherstellung des Friedens einsetzenden starken Bedarf des Inlandes eine Überflutung des deutschen Marktes mit ausländischen Erzeugnissen entsteht. Die Eingabe fordert nun, daß der Bundesrat entsprechende Maßnahmen gegen eine derartige Verdrängung der deutschen Industrie vom deutschen Markt ergreife. Dies soll auf dem Wege der zeitweiligen Beschränkung der Auslandseinbrüche an Halb- und Ganzfabrikaten auf einen noch zu bestimmenden Teil der vor dem Kriege vorhandenen Einfuhr nach Deutschland geschehen. Zu der ausführlichen Begründung des vorliegenden Antrages weist der Verband Sachsischer Industrieller auf folgendes hin:

„Die bisherige Taktik des Krieges hat infolge der gewaltigen Transfusionsnäthe der industriellen Erzeugung für die Bedürfnisse der gesamten Heeresverwaltung und der zu ihr gehörigen Zweige sowie des von ausländischen Gütern beschränkten Inlandsmarktes so große Mengen von Rohstoffen aufgeworfen, daß sogar jetzt in einzelnen Zweigen die industrielle Produktion beschränkt, in anderen sogar ganz aufgehoben ist. Die natürliche Folge davon ist die Verschärfung des Konsums der Zivilbevölkerung, teilweise aber auch der Heeresverwaltung aus vorhandenen Vorräten und Vorräten. So bald diese aufgebraucht sind, werden, soweit ein Erfolg der aufgebrachten Lager durch Fortsetzung der Produktion nicht stattfinden kann, die Kontinente die Verschärfung ihrer Bedürfnisse auf später verschieben müssen. Der Ausfall des Konsums wird während der Kriegszeit nicht so sehr spürbar werden, weil die Konsumfaktur überhaupt gemindert und das Verlangen nach einer Reihe von Gegenständen der industriellen Erzeugung teilweise vollständig zurückgetreten ist. Ein um so stärkerem Grade wird aber nach Beendigung des Krieges das Verlangen nach diesen Arten des täglichen Bedarfs auftreten. Soweit diese Nachfrage durch vorhandene Lager oder

Deutscher Metallarbeiter-Verband

An unsere zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder!

Vielfach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte.

Wir ersuchen alle vom Militärdienst entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Verbandsstelle zu melden.

Nach § 5, Absatz 6, muß die Anmeldung beim Verband innerhalb vier Wochen nach Entlassung, Beurlaubung oder Abkommandierung zu gewerblicher Arbeit erfolgen.

Es wird allen diesen Kollegen dringend geraten, sich an die Ortsverwaltung ihres Aufenthaltsortes oder an den Vorstand um Auskunft zu wenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Arbeiterfragen im preußischen Abgeordnetenhaus

Bei der zweiten Beratung des Staatshaushaltsetats im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am 18. Februar auch über die Lage der Industrie gesprochen. Bei dieser Gelegenheit hielt auch der Kollege Hue eine längere Rede, wobei er selbstverständlich hauptsächlich die Lage der Arbeiter behandelte. Wir können hier nicht alles wiedergeben, was Kollege Hue ausführte und beschränken uns deswegen auf seine Bemerkungen über die Frauenarbeit im Schwerengewerbe und über die Arbeiterverschaffung nach dem Kriege. Darüber sagt Hue:

Unsere Stellung zur Frauenarbeit

Ist ja die — wir können die Augen vor den Tatsachen nicht verschließen —, daß die Frauen immer mehr in das Erwerbsleben infolge unserer gewerblichen Entwicklung hineingezogen werden, und daß wir es als ein Unrecht gegen die weiblichen Arbeiter und Angestellten empfinden würden, wenn man sie aus Arbeitsstellen hinausgeschaffen wollte, wo sie ohne Gefährdung des Nutterschutzes verbleiben werden können. Es gibt bekanntlich Berufe, in denen die Frauen zweifellos besser arbeiten können als die Männer, zum Beispiel in der Textil- und der Bekleidungsindustrie. Aber wir wollen als erste Forderung auf, daß man die Frauenarbeit vor allen Dingen nicht benennen darf, um die Plätze, welche die im Felde befindenden Arbeiter und Angestellten verlassen mußten, dauernd durch Frauen zu besetzen. Wenn die Arbeiter und Angestellten aus dem Felde zurückkommen, dann müssen ihnen die früheren Arbeitsstellen wieder offen gemacht werden. Das ist eine unumgängliche Bedingung und darüber sollte es gar keinen Streit geben. Leider habe ich aber zum Beispiel aus einem Groß-Berliner Betrieb gehört, daß dort schon der Betriebsleiter gesagt habe, man wisse noch nicht, ob die früheren Arbeiter, wenn sie aus dem Felde zurückkommen, wieder eingestellt würden. Man habe die Betriebsanrichtungen jetzt umgebaut, die Frauen hätten sich eingearbeitet usw. Hier wird die Regierung scharf zuschlagen müssen, damit nicht der Zustand entsteht: die Soldaten kommen zurück, und die Arbeitsplätze sind von Frauen und anderen billigeren Arbeitkräften besetzt. Das wäre ein Dank des Vaterlandes, der ungeheure Erbitterung entweder mitspielen würde...

Die Frauenarbeit hat einen Umfang angenommen — schon vor dem Kriege, das will ich hervorheben —, der unsere Bedenken in vielerlei Hinsicht wachgerufen hat. Nicht, weil wir an sich gegen die Frauenarbeit sind — ich habe Ihnen die Gründe darlegt —, sondern weil wir die Frauenarbeit nicht in solchen Betrieben haben möchten, die für den weiblichen Organismus gesundheitsgefährlich sind. Die Entwicklung hat sich ja vor dem Kriege schon so vollzogen, daß wir Millionen von Frauen in gewerblicher Tätigkeit fahren. Wie ist es nun während des Krieges geworden? Nach dem Ausweis der Betriebskrankenkassen, der Gemeinde- und Ortskrankenkassen waren am 1. Januar 1915 rund 5113000 und am 1. Januar 1916 5307000 männliche Arbeiter versichert, dagegen waren am 1. Januar 1915 3168000 und am 1. Januar 1916 4631000 weibliche Arbeiter versichert. Danach hat sich also die Zahl der männlichen Versicherten um 194000 vermehrt, dagegen die Zahl der weiblichen Versicherten um 1462000, also eine kolossale Vermehrung der Frauenarbeit. Allerdings haben am letzten 1. Januar etwa 1700 Frauen mehr als vorjährig berichtet. Speziell in Groß-Berlin waren zu Anfang 1915 in Betriebskrankenkassen versichert 468000, im Januar 1916 638000 weibliche Arbeiter. Wir sehen hier eine Umwandlung auf dem Arbeitsmarkt, die von unüberschaubarer Tragweite ist. Aus der Krankenversicherung, die natürlich nur Totalzahlen angibt, ergibt sich, daß in den Betriebskrankenkassen der Textilindustrie die Zahl der weiblichen Versicherten ziemlich gleich geblieben ist infolge der Arbeitslosigkeit; dagegen waren in den Betriebskrankenkassen der Hütten-, Metall- und Maschinenindustrie im Januar 1915 51000 versichert, im Januar 1916 141000, also fast eine Verdopplung!

Wir haben in Westdeutschland vor dem Kriege überhaupt keine Frauenarbeit in der großen Eisen- und Stahlindustrie gefunden, auch in der Bergwerksindustrie nicht, heute haben wir sie. Auch im Bauwesen wie im Eisenbahnbetrieb haben wir Frauenarbeit nicht gefunden, heute haben wir sie. Wenn man nun hört, daß aus Unternehmenskreisen Stimmen laut werden, die eine Belebung dieser Arbeitskräfteverschiebung für notwendig halten, die sogar sagen, wie sich die Arbeitgeber-Zeitung ausdrückt, wenn die Frauen jetzt weniger verdienten, so beweise das nicht, daß sie zu wenig bekommen, sondern es beweise nur, daß der Mann früher zuviel bekommen hätte — wenn man so etwas hört und sich weiterhin umfragt, welche Pläne bei verschiedenen gewerblichen Unternehmungen vorliegen, dann muß man doch auch die Auswirkung der Staatsregierung ganz besonders auf diese Konsequenzen der starken Vermehrung der Frauenarbeit richten. Die Frauenarbeit hat, was ich ganz besonders befürchte, hier und da auch

in der Hüttenindustrie,

in den Feuerbetrieben um sich geöffnet, und zwar sind dort den Frauen Beschäftigungsarten zugefügt worden, die ich für die Frauen als absolut ungünstig erachtet muß. Das nicht nur ich die Ansicht, sondern auch in behördlichen Kreisen. Bedenken gegen die Art der Frauenbeschäftigung geäußert worden sind, ergibt sich aus dem Bericht, den Sie vor sich liegen haben. Hier handelt es sich um die Beschäftigung der Frauen in der Hütten-, Eisen- und Stahlwerksindustrie. Da lesen Sie auf Seite 17 des Berichts aus Ausführungen des Referenten:

Die Einstellung von Frauen habe der Eisen- und Stahlindustrie auch Nutzen gebracht, allerdings nicht in dem Umfang, wie es hätte geschehen können, wenn man generell verfügt hätte, daß in den Betrieben der Eisen erzeugenden und verarbeitenden Industrie im ganzen Reichsgebiet die Frauenarbeit auch bei Nacht in Stahlfabrikationsricht bei 10% niedrigere Beschäftigungen zugelassen sei. Über diesen Punkt hätten sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Betrieben und einigen Behörden ergeben. Das Handelsministerium habe den Standpunkt vertreten, daß man nach Möglichkeit dort, wo Frauen beschäftigt werden, die Achtfundshundert einfügen sollte. Das sei aber in solchen Betrieben, wo die Frauen mit Männern zusammenarbeiten, vielfach an denselben Maschinen, nicht möglich. Die Industrie verzerrte darauf, daß bei Erlass des Gesetzes vom 4. August 1914, betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, man zweifellos nicht daran gedacht habe, die Arbeitszeit zu verkürzen, man habe vielmehr der Industrie Erleichterungen zuteil werden lassen müssen, damit sie in die Lage versetzt würde, den Anforderungen, die jetzt die Industrie im allgemeinen Interesse gestellt würden, zu genügen.

Darauf hat dann der Herr Minister (Seite 19 und 20 des Beitrags) folgendes geantwortet, wobei er ausging von den Bemühungen des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Frauen in der Eisen- und Stahlindustrie herbeizuführen:

Die Bemühungen des Regierungspräsidenten in Düsseldorf um Einführung der ab jetzt üblichen Arbeitsschicht für Frauen richten sich nur auf diejenigen Teile von Betrieben der Schwerindustrie, in denen Frauen nicht mit Männern, welche zwölfstündige Schichten zu leisten hätten, Hand in Hand arbeiten. Es sei selbstverständlich, dass Frauen, die in der Schwerindustrie arbeiten, nicht unbedingt angestrengt werden dürfen. Es sei aber ein Fertum, anzunehmen, dass der Regierungspräsident die Achtsamkeitssicht für die Frauen unterschiedlos zur Bedingung ihrer Beschäftigung in der Schwerindustrie gemacht habe. In manchen Betrieben lasse es sich nicht vermeiden, die Schichten der Frauen mit denen der Männer zusammenfallen zu lassen. Dagegen gebe es andere Betriebe, die mit weiblichen Arbeitskräften besetzt seien und in denen nur die Rücksicht von Männern ausgeübt werde, zum Beispiel die Betriebe, in denen die Kinder der Granaten fertiggestellt werden. Hier brauchen die Frauen nicht zusammen mit Männern eine zwölfständige Schicht zu leisten.

Das unterschreibe ich, natürlich den letzten Satz. Es hat kein Mensch verlangt, auch in der Kommission nicht, dass man während des Krieges die Achtsamkeitssicht allgemein eingeführt werden soll. Es ist mir verlangt worden, dass man die Frauen dort, wo es nur eben möglich ist, nur acht Stunden beschäftigen solle, damit sie auch ihren Kindern zu Hause widmen können. Daraus begründe ich die Bemühungen des Regierungspräsidenten von Düsseldorf und auch die Aussführungen des Herrn Ministers zu dieser Frage als ein Symptom dafür, dass in den Kreisen der Behörden die Bedeutlichkeit der Verwendung von Frauen in bestimmten Industrien sehr wohl erkannt wird.

Zu mir auch der Überzeugung, dass bei uns in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, wahrscheinlich in allen Betriebskreisen, die Frauenarbeit nur als ein Ausnahmestand angesehen wird. Man hat sie früher, vor dem Kriege, nicht getanzt, und ich erwarte, dass man nach dem Kriege damit schneulig austäuschen wird, und zwar sofort mit Arbeiten, die ihrer Natur nach von allen Dingen nicht für Frauenarbeit geeignet sind. Dazu rechne ich speziell die Beschäftigung in der Bergwerksindustrie, in Hüttenbetrieben, namentlich die Feuererziehe, in Thomaßmühlen — ein außerordentlich gesundheitsgefährlicher Betrieb —, in dem großen Teil der chemischen Industrie, im Transportgewerbe, die sogenannte „Rohrenarbeit“ beim Eisenbahnbau, die Müllabfuhr usw. Sehen Sie sich einmal dort die Frauengestalten an, welchen Anblick sie bieten. Kurzum, es gibt also eine ganze Reihe von Industrien, in denen heute Frauen beschäftigt werden, wo sie Gesundheitsschäden minderen über den Krieg hinaus nicht beschäftigt werden dürfen. Hier handelt es sich um den Schuh der Mütter unseres Volkes. Dafür gilt daselbe, was ich von dem Schuh der Jugendlichen gesagt habe.

Nun auch ein Wort über

die Entlohnung der Frauen

Gleiche Arbeit, gleicher Lohn! so sollte eigentlich verjähren werden. Aber wir sagen — das ist das Charakteristische der Frauenarbeit, das ist hier ja auch begeht von vielen Unternehmern —, dass sogar in Fabriken, wo es absolut nicht notwendig ist, die Frauen für ein und dasselbe Stück, für genau dieselbe Arbeit 30 bis 50 Prozent weniger bekommen als die Männer. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann Ihnen darüber aus dem Auftraggebiet einwandfreies Material vorlegen, ich will darauf verzichten. Hier in Berlin kommt ich auch vielfach feststellen, dass weibliche Arbeitskräfte zum Beispiel in den Munitionsfabriken 30 bis 50 Prozent weniger für ein und dasselbe Stück bekommen als die Männer. Dabei liegen die Frauen dasselbe, sie weichen manchmal noch eine Höhe von 20 Prozenten auf. Es ist auch nicht allgemein richtig, was von irgendwelcher Seite behauptet werden ist, nämlich, dass die weiblichen Beschäftigten eine besondere Bezahlung nötig haben, dass man besonders Verzichtungsarbeiten an Pausenstäben usw. vom Männer machen lassen müsse. Auch wo das alles zutrifft, würde man doch nur einen Zahnunterstand von höchstens 8 bis 10 Prozent auflassen können. Aber der Unterschied beträgt wie gesagt 30 bis 50 Prozent. Der Deutsche Gewerkschaftsverband hat Erhebungen vorbereitet über die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte im Straßenbahnbetrieb. Da steht sich im November 1915 heraus, dass dort in den bestehenden Straßenbahnbetrieben beinahe schon 14 000 weibliche Angestellte, darunter über 12 500 Schaffnerinnen hatten. Es stellt sich weiter heraus, dass diese Schaffnerinnen für dieselbe Tätigkeit, für dieselbe Leistung — und zwar Arbeitszeiten von 8 bis 11 Stunden — 25 bis 30 Prozent weniger (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) in einzelnen Fällen sogar beinahe 50 Prozent weniger Lohn beziehungsweise Gehalt bekommen als die Männer. Das ergibt sich sicherlich, da dringende Gefahr vorliegt, dass man nach dem Kriege die militärische Frauenarbeit auch in solchen Betrieben, wo die Frauen seit Kriegsbeginn Eingang fanden, beibehalten will, dass man die Regelung hat, alle den heimtückenden Streitigkeiten die alten Arbeitskämpfen nicht wieder zu öffnen. Noch handelt es sich um Einzelfälle und Besonderheiten, aber ich glaube, es ist notwendig, jetzt schon reagierend auf diese antisozialen Neigungen einzutreten.

Und nun, meine Herren, zum Schluss! Herr v. Gossler hat es abgelenkt, über die Verhältnisse, wie sie sich in der Industrie nach dem Kriege

gehalten werden, zu sprechen. Ich gebiete auch nicht zu den Seiten, die die Parteien geben möchten. Sollte aber kaum man doch die tatsächlichen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt nach Kriegsende ändern. Nach meiner Überzeugung werden wir zunächst in noch größerem Maße nach Kriegsende die Verstärkung auf dem Arbeitsmarkt haben, wie wir ja beim Ausgang des Krieges hatten, dann nicht schon jetzt Vorsorge getroffen würden. Wir haben damals mit Millionen Arbeitenden zu rechnen gehabt. Hoffentlich bald aber haben wir einmal Milliarden, die aus dem Krieg zurückgekehrt sind, und wir haben dann wahrscheinlich Milliarden von männlichen und weiblichen Arbeitssuchenden. In in ihrer Arbeitssuchenden zu bewältigen werden müssen. Dazu ist es unvermeidlich, dass jetzt erst die Regierung, Staats- und Zusatzregierungen, an die jungen

Beschränkung des Strafverfahrens

über das ganze Reich herangehen, und zwar unter Wissbegleitung der Sozialdemokratie und wahrscheinlich auch der Unternehmensräte. Es ist auch notwendig, dass jetzt schon Vorsorge — wir wollen doch bitten, dass der Krieg bald zu Ende sei; ja möglichst bald — er getroffen ist, wann es doch auch wieder ansetzen — dass Unternehmen zwischen über den nach dem Krieg vorbereiteten Betrieb anstreben, dass die neuverdienenden Stellen, jedoch man kann die Gründungen aus dem Kriege erfolgen, so genau wie möglich das Budget mit der Nachfrage nach Arbeitsmännern überdecken. Dazu ist es eben für einen ersten Versuch, dass die Regierungen ja mit der Größe der Bevölkerung nicht unverhältnismäßig höher, sondern bedeutender Mittel für die

Strafverfahrensstärkung

schärfer und härter Strafe im bestehenden Sinne führen. Es kann nicht helfen, meine Herren — ich weiß, es gibt darüber andere Meinungen, im Innern ist nichts zu tun —, dass ich glaube, dass nicht an den Strafverfahren nach dem Kriege, sondern daran, dass wir mit dem Gesetzgeber zu rechnen haben. (Sitzung bei den Nationalliberalen) — Diese Gruppe, die sich selber künftig, ich hoffe, die ersten Stufen, dass es kann noch anders kommen. (Sitzung bei den Sozialdemokraten) Sie haben in diesem Kriege ja viele Erfahrungen und Erfahrungen erhebt — es kann aber auch anders kommen. Da wir nicht sicher kommen können, haben wir doch ganz zu Recht die Erwartung dieses Krieges dieses Unternehmensräte erhoben, jetzt die Bevölkerung auf alle Fälle Vorsorge zu treffen. Meine Herren, es sind doch ganz ungemeine Zeiten, die wir durchgemacht haben, und in diesen Zeiten unverhältnismäßig gekämpft. Deshalb ist die Strafverfahrensstärkung der Strafe unverhältnismäßig zu verstehen, auf die wir besonders, wie ich bei unserer Gesetzesvor-

zunahmen versuchen werde, angewiesen sind, meines Erachtens auf eine sehr geraum Zeit stark beeinträchtigt. Die Beschaffung der vernichteten oder knapp gewordenen Rohstoffe wird nach dem Kriege größere Schwierigkeiten machen. Wir wissen ja, welcher Mangel an Transportraum herrscht, und wir wissen nicht wie, wie rasch und zu welchen Preisen wir die Rohstoffe hereinbekommen. Das wissen wir alle nicht. Sicherlich müssen wir auch eine starke Zufuhr von Nahrungsmitteln gleich nach dem Kriege haben, damit die leer gewordenen Verbrauchsraume wieder aufgefüllt werden. Meines Erachtens müssen wir ferner nach dem Kriege auf eine sehr geraum Zeit mit einem kleinen Preis auf einen hohen Lebensmittelpreisen rechnen, wir wir jetzt haben. Wir werden wenigstens mit einer geraum Zeit rechnen müssen, wo wir keine wesentlich niedrigeren Lebensmittelpreise haben.

Meine Herren, wenn aber dann in einer so kritischen Situation nach den Anregungen solcher Kreise, die von der Arbeitgeber-Zeitung vertreten werden, dazu übergegangen wird,

Schurenditionen

und sonstige Arbeitsbedingungsverschlechterungen vorzunehmen, wenn zu all den ertragreichen Erleichterungen und Erfahrungen der Lebensführung noch Lohnreduktionen und dergleichen mehr treten, was glauben Sie, meine Herren, das dann geschehen würde? Sie können sich ruhig darauf verlassen, dass in dieser Situation die Arbeiter vor einem Kampf um ihre Sicherheit bedrohte Existenz nicht zurücktreten dürfen. Das dürfen sie einfach nicht! Ich bin sicher, dass hiermit im Einverständnis mit allen gewerkschaftlichen Organisationen spreche. Der Krieg hat und wird noch weiter kolossale Vermögensverschiebungen zur Folge haben. Die Kräfte des Proletariats wird in allen beteiligten Vätern ungezweckt vermehrt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Klasse gegenläufig werden dadurch vertieft. Darüber kann gar kein Zweifel sein. Nicht, weil wir es wollen oder wünschen, aber eine Verstärkung der Klassegegenläufigkeit ist die natürliche Folge der zweijährigen Vermögensverschiebungen. Der Kampf ums Leben wird eben für den einzelnen wie für alle die Wirtschafts- und Arbeiter, die durch diesen Krieg so durchdrungen sind, erheblich schärfster werden. Es ist besser, wir sehen die Dinge nicht im rosigsten Licht. Beider Vorstieg als Nachricht! In England hat schon ein großer Industrieller vor einiger Zeit öffentlich erklart, dass man dort nach dem Kriege mit gewaltigen Wirtschaftsverlusten rechnet. Die Gründe, die der Redner aufführte, gelten nicht nur für England. Es ist überall so ziemlich das Gleiche. Wenn also gewaltige Wirtschaftskämpfe bei uns kämen, wer hätte ein Interesse daran, dass wir uns im eigenen Lande, bei all der Eschöpfung, die uns wie allen vom Krieg hingerückten Vätern überlassen ist, nur noch gegenseitig die Hälften abschneiden, um mich einmal drastisch auszudrücken?

Die Gewerkschaften haben den Streik niemals erlaubt um des Kampfes willen,

sondern immer gesagt: erreichen wir durch gültige Mittel das eben Mögliche, so ist uns dieses Ereignis vorzuziehen dem, was wir durch einen schwereren, beiderseits verlustreichen Kampf erzielen, was ja in der Regel nicht mehr ist. Das ist der Standpunkt der Gewerkschaften. Sie, meine Herren, können nicht nachweisen, dass diese programmatische Erklärung im Widerspruch zu dem steht, was von den verantwortlichen Leitern der Gewerkschaften vor dem Kriege auch schon gesagt ist. Wenn also die Arbeitgeberorganisationen vor die Alternative gestellt werden, nach dem Kriege auch noch Lohnerminderungen und andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu ertragen, dann, meine Herren, müssen Sie damit rechnen, dass die Widerstandskraft, die unsere Leute drausen, die Massenkreise unserer Volksgruppen in den Schützengräben jetzt zeigen, sich auch in den militärischen Kämpfern erweisen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daher, meine Herren, sollten sich doch die Herren, die auf die großen Gewerkschaftsunternehmungen maßgebenden Einfluss haben, überlegen, ob es in der Tat noch zulässig ist, an der bisher, auch leider während des Krieges, gefahrvollen

ablehrenden Haltung gegenüber den Arbeitgeberorganisationen festzuhalten. Ich meine, die Herren sollten es sich wirklich überlegen und meine Worte aufzufassen als die Wehrung eines Namens, der nun wiederholz schon ja der Leitung großer Kämpfe, der größten wirtschaftlichen Kämpfe, die Deutschland getragen hat, seitdem wir daher zu würdigen weiß, was ein solcher Kampf nur wirklich nach dem Kriege zu bedeuten haben würde. Ich meine, die Herren sollten überlegen, ob sie sich nicht dem größten Teile der Unternehmerschaft in Deutschland, der heute schon den vorwärtigen Standpunkt der Nichtamerikaner und des Nichtchandelns mit Gewerkschaften verlassen hat, entzünden wollen.

Meine Herren, eine solche Sache, die ich sie mit denke, nämlich der Verhandlung zwischen den beiden organisierten Interessenengruppen, der Arbeit und des Kapitals, wird natürlich die elementaren Interessengegenstände nicht aus der Welt entfernen; so wenig wie die politischen Kämpfe zwischen den Parteien entfernen werden und ferner, so wenig werden die wirtschaftlichen Interessenkämpfe zwischen Arbeit und Kapital entfernen. Sie sehen, dass innerhalb der Unternehmerschaft sehr oft interne Interessengegenstände herrschen. Wir sehen es bei fast jeder Gewerkschaftsverhandlung, bei den oft sehr heftigen Interessenkämpfen wegen der Bezeichnungsgattung. Wir leben darin, wie sehr die Gegenseite auch innerhalb der Unternehmerschaft sind und bezahlt meine ich, so gut wie dort die Freunde der Syndikatur nicht nominieren, trotz der schweren Gegner seit einer gemeinsamen Verhandlungsgattung zu kommen suchen, sehr dies auch in unserem Falle möglich sein. Natürlich erwartet der großen Gewerkschaften, die unter Syndikatsleiter nach dem Kriege haben wird.

Schö bis darum zum Schluss sagen: die Arbeitgeberorganisationen, die Organisationen aller Artungen, die auf gewerkschaftlichem Standpunkt stehen, haben wiederholz ihre Gewerkschaften ausgesprochen zu einer Verhandlung, wie ich sie vorhin als möglich darstelle. Diese Verhandlungszeit ist auch heute noch wie vor vorhanden. Nur liegt es an der anderen Seite zu zeigen, dass sie diese Bereitwilligkeit im allgemeinen Interesse zu wahren weiß. (Sitzung bei den Sozialdemokraten.)

Neuaufnahmen wurden im Laufe der Woche 1124 (ohne Berlin) gemacht. Zum Heer einberufen wurden 566 Mitglieder.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 2527 auf 2565, blieb aber im Verhältnis zu Mitgliederzahl mit 1,1 Prozent auf der gleichen Höhe wie in der vorhergehenden Woche.

Krank gemeldet waren 3968 Mitglieder gleich 1,7 Prozent wie in der vorhergehenden Woche. An diese wurden 11870 M. Krankenunterstützung ausgezahlt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Arztlämer zu vermeiden und eine geregelte Beitragseleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, dass mit Sonntag dem 12. März der 12. Wochebeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. März 1916 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatutes gestattet:

Der Verwaltungssitz Bonn für die 2. Klasse 10 ♂ und für jugendliche und weibliche Mitglieder 5 ♂ die Woche.

Der Verwaltungssitz Schweinfurt für die 2. Klasse 10 ♂ die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstr. 16a zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstr. 16a; auf dem Poststempel ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegalem Gruss Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 29. Februar 1916 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelde.

Bon Aachen 500. Altenburg 3000. Altwasser 200. Amberg 300. Annaberg 100. Apolda 200. Artern 300. Aschaffenburg 400. Augsburg 2070. Bamberg 80. Barmen-Ebersfeld 3000. Bauzen 1100. Bergedorf 800. Biberburg 800. Bielefeld 10000. Bischofswerda 100. Bitterfeld 500. Bochum 1000. Braunschweig 5000. Bremen 6500. Bremerhaven 2000. Brunsbüttelhafen 150. Bützow 150. Chemnitz 25000. Crimmitschau 500. Delmenhorst 500. Döbeln 500. Dresden 3182. Duisburg 600. Düsseldorf 18000. Eberstadt 120. Eberswalde 250. Elsenburg 200. Eisenach 2600. Elbing 1819,58. Elmshorn 200. Emden 600. Erfurt 1600. Erlangen 330. Esslingen 12046,30. Frankenberg 250. Frankenthal 2800. Gelsenkirchen 300. Gießen 100. Glauchau 300. Glogau 31. Gotha 2000. Göttingen 400. Greiz 600. Großschönau 300. Gröbenbach 800. Grüna 175. Guben 400. Hadersleben 100. Hagen 3000. Hall 100. Hameln 350. Heide 100. Heidenheim 400. Helmstedt 200. Hennigsdorf 200. Herford 200. Hildebrand 600. Hirschberg 200. Höchstädt 300. Hohenlimburg 100. Hohenstein 500. Ilmenau 100. Ingolstadt 500. Jüterbog 100. Jena 3000. Kaiserslautern 600. Karlstraße 2000. Kassel 2400. Kelsterbach 200. Kiel 15000. Kolmar 100. Köln 5000. Königswinter 3000. Köslin 400. Landshut 100. Lauenburg 50. Leipzig 9000. Liegnitz 400. Limbach 500. Lippstadt 100. Lübeck 3000. Lübben 60. Ludwigshafen 2000. Lügau 250. Lüneburg 300. Magdeburg 10000. Mainzheim 10000. Marsdorf 400. Meißen 50. Meiningen 50. Meuselwitz 300. Mittweida 500. Mühlhausen i. Th. 200. Mühlheim 500. München 40000. Neugersdorf 350. Neumünster 300. Neustadt a. h. 400. Nienburg 600. Nordhausen 1200. Nossen 200. Oberndorf 350. Osnabrück 25. Oggersheim 400. Ohrdruf 100. Oberhausen 250. Opladen 400. Oranienburg 250. Ostersleben 100. Paderborn 75. Peine 250. Penig 300. Plauen 3000. Preußisch 100. Ries 1600. Radeberg 800. Rathenow 2000. Regensburg 300. Reichelsheim 400. Rohrbach 200. Rothenburg 200. Solingen 6000. Sömmersdorf 500. Speyer 250. Sprottau 100. Suhl 2500. Schmiedeberg 600. Schnellmühle 800. Schönebeck 800. Schneidnitz 400. Schwennigen 300. Schwerin 400. Stadtfeld 400. Stettin 2000. Torgau 500. Traunstein 100. Uelzen 100. Urberach 250. Wedel-Schulau 100. Werdau 600. Weißlat 150. Wiesbaden 10000. Wismar 600. Witten 600. Wittenerberg 600. Wöbbelin 350. Würzburg 300. Wurzen 800. Zich 700. Zittau 1000. Zittau 250. Einzelgläubiger der Hauptkasse 50. Erzbücher 58,30. Sonstige Einnahmen 305,86 M.

Die Verwaltungstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einzelgläubiger werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Ausstände sofort an uns zu berichten.

Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter

Hamburg. Am 13. Februar sprach Kollege Bernhard vom Verbandsvorstand in einer Versammlung der Verbandsfunktionäre über die Aufgaben der Gewerkschaften vor und nach dem Kriege. Seiner führte folgendes aus: War es vor dem Kriege eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und aus eigener Kraft, wenn nötig, mittels der Arbeitsaufstellung durchzusetzen, so hörte dies die Ausbruch des Krieges auf. Die Anstrengungen, ob die Landerhebung in der Lokalampipolitik sich notwendig mache, werden weit auseinander gehen. Sowohl vor dem Kriege war keine einheitliche Anstrengung über die Lokalampipolitik der Gewerkschaften vorhanden. Beide in den meisten Fällen ist diese Anstrengung der Gewerkschaften je nach Erfolg oder Misserfolg beurteilt worden. Die verschiedenartige Verteilung dieser gesellschaftlichen Läufigkeit ist durch den Krieg teilweise bestätigt, teilweise noch verschärft worden. Die Aufgaben der Gewerkschaften sind stetig umgezogen; die Erfüllung der Aufgaben ist nicht davon von dem Willen der Gewerkschaften abhängig. In dieser Zusammenfassung von Funktionären braucht die Aufgaben nicht einzeln aufgeführt zu werden. Es genügt, festzustellen, dass die sozialen und sozialpolitischen Fragen auch während des Krieges nicht außer acht gelassen sind. Es handelt sich auch nicht darum, im einzelnen aufzuzählen, in welchen Berufen, Berrieben usw. während des Krieges die Lohn- und Arbeitsbedingungen besser gehalten wurden. Es handelt sich darum, die Gleichgültigkeit, die bei vielen der zurückgebliebenen glaubt, die Organisation habe während des Krieges aufgezeigt zu beobachten; andere meinen, die Gewerkschaften hätten bei Ausbruch des Krieges die Unterstützungen der Familien in vollem Umfang übernommen müssen und glauben

möglich, alle Wünsche und Forderungen der Mitglieder durchzuführen. Schwierigkeiten aller Art haben sich der Erfüllung des Wunsches und Forderungen entgegengestellt. Erst, vielleicht zu oft, ist die eigene Stärke überhäuft und die des Gegners unterschätzt worden. Aus den Reihen der Arbeiterschaft selbst sind den Organisationen bei der Durchführung ihrer Lohnbewegungen Hindernisse in den Weg gesetzt worden. Bereits früher schon große Schwierigkeiten zu überwinden, so war mit Ausbruch des Krieges der Abbruch aller Lohnbewegungen eine gebietserhebliche Notwendigkeit. An einer Durchführung der Bewegungen war aus sehr naheliegenden Gründen nicht mehr zu denken. Die erste Folge des Krieges war eine ziemlich starke Arbeitslosigkeit. Erst nach und nach erholt sich die Industrie, soweit sie mit Kriegsleistungen beschäftigt wird. Die Versuche der Unternehmer, die Löhne zu drücken und die Löhne außer Kraft zu setzen, sind durch die Gewerkschaften vereitelt worden. Nachdem die große Arbeitslosigkeit behoben und ein Arbeitermangel eintreten, ist es den Gewerkschaften auch wieder möglich gewesen, größeren Einfluss auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Da der Bekleidungs- und Hausratshersteller unter Mitwirkung der Verbände und Militärbürokratie die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festgelegt werden. Zu der Metallindustrie ist durch den eingesetzten Mangel an brauchbaren Arbeitskräften eine Steigerung der Löhne ermöglicht worden. Allerdings nicht überall, sondern nur dort, wo sich unsere Kollegen gerührt haben und sich durch die Drohung mit dem Schüttengraben nicht abhalten ließen, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Die bekannte Verfigung des Kriegsministeriums und der Feldzeugmeisterei in Berlin, wonach die Freizügigkeit zum Teil aufgehoben wurde, ist von den Unternehmen in recht einseitiger Weise ausgelegt worden. Erst auf energischer Einspruch unseres Verbandes in Berlin wurde dann ein Ausdruck eingesetzt, der die Aufgabe hat, die Bezeichnungen zu prüfen und zu schützen. Der Vorstand hat versucht, solche Ausschüsse für das ganze Reich zu errichten. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller scheint hier aber seinen Einfluss auf die Militärbürokratie geltend zu machen, um die Errichtung weiterer Kriegsausschüsse zu verhindern. Die Gewerkschaften waren also während des Krieges sehr wohl in der Lage, auch die Lohnkampfpolitik fortzuführen, besonders in den Orien und Berufen, wo die Kollegen aus sich selbst heraus, ohne Furcht vor der Drohung mit dem Schüttengraben ihre Forderungen geltend machten. Die Gewerkschaften können aus sehr naheliegenden Gründen nicht die gleiche Lohnkampfpolitik treiben, wie in Friedenszeiten. Die Aussicht, daß nur durch Massenaktionen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen sind, hat schon vor dem Kriege keine Berechtigung gehabt. Aus den Erfahrungen während des Krieges darf man ganz offen sagen, daß auch da, wo jeder Einzelne seine Sache vertritt, ohne zu fragen, ob die Organisation hinter ihm steht, Erfolge erzielt werden sind. Wo es an dem Plute und dem Willen des einzelnen mangelt, sind auch durch Massenbewegungen besondere Erfolge nicht zu erzielen. Der einzelne muß in der Gesamtheit mehr seinen Mann stehen, seine Pflicht und Schuldbigkeit tun. Wer die Aufgaben, die die Gewerkschaften während des Krieges zu erfüllen bestrebt waren, sachlich würdig, muß zu der Überzeugung kommen, daß eine andere Stellung der Gewerkschaften ganz unmöglich war und daß die Hoffnungen und Erwartungen, die hier und dort an die Gewerkschaften geknüpft worden sind, nicht erfüllt werden könnten. Wenn trotzdem das Streben für die Organisation schwundet und zu Bedenken Anlaß gibt, so liegt das nicht daran, daß die Gewerkschaften während des Krieges ihre Aufgaben nicht erfüllt haben, sondern in der Pflichtverleistung der Zivildienste gebunden. Keine Zeit ist für die Agitation geeigneter als die gegenwärtige. Bei der Agitation muß man sich natürlich über Weisen und Wahlen der Gewerkschaften klar sein. Man muß wissen, welche Aufgaben die Gewerkschaften zu erfüllen haben und sich streng an diese Arbeiten halten. Beachtet man diese nicht, so kommt man zu falschen Schlussfolgerungen und Enttäuschungen. Die Gewerkschaften sich während des Krieges in den Dienst der Allgemeinheit gefestigt haben, werden sie das auch in Zukunft als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Wenn mancher hofft, daß man aus Dankbarkeit der Bürgen der Arbeiter nach dem Kriege Rechnung tragen wird, der irrt gewaltig. Es hat keine Verschiebung der Gegenläufe stattgefunden, sondern eine Verschärfung. Die Großkapitalisten suchen bei der Neuordnung der Dinge sich den nötigen Einfluß zu sichern. Auch die arbeitende Klasse kann dieser Gestaltung nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie muß versuchen, ihren Einfluss in genügendem Maße zur Geltung und zum Ausdruck zu bringen. Ihr Einfluss aber wird abhängen von ihrer Zahl, diese wiederum von der Zahl derer, die sie vertreten. Schon vor langer Zeit hat das „Kartell der schaffenden Stände“ seine Wünsche am maßgebenden Stelle klar zum Ausdruck gebracht, die Arbeiter müßten genau dasselbe tun. Leider liegt die Gefahr vor, die auch jeder, der die Dinge zu würdigen versteht, erkennen muß, daß durch den Streit im eigenen Lager unser Einfluß um ein ganz bedeutendes herabgesunken ist. Die Frauenarbeit, die in die Industrie eingedrungen ist, wird zu einem erheblichen Teil verschwinden und auch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren Einfluß ausüben. Die Frauen werden durchweg niedriger entslohn als die Männer. Wenn die Frauen nicht selbst bemüht sind, den gleichen Lohn zu fordern, die Unternehmer haben keine Neigung dazu. Den alten Grundsatz: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit lassen die Unternehmer nicht gelten. Bei der Beschäftigung von Kriegsverletzten ist die Gefahr vorhanden, daß auch diese, wie die Frauen, als Lohnarbeiter benutzt werden. Wir haben die Pflicht, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei aller heutige zur Schau getragenen Vaterlandsliebe werden die Unternehmerverbände immer stärker hervortreten. Lassen sich aber schon gesunde Arbeiter mit dem Schüttengraben einschüchtern, dann ist es unmöglich, den Kriegsverletzten einen Vorwurf zu machen, wenn sie durch die Drohung, keine Beschäftigung zu erhalten, sich den Unternehmern erfüllig erweisen. Wir sind verpflichtet, auch für die Frauen und die Kriegsverletzten mit voller Kraft einzutreten. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wenn wir die Verletzten ihrem Schicksal überlassen, so werden sie für Fahrzeuge eine ständige Gefahr für die Gewerkschaften sein. Sie als Arbeiterskollegen betrachten, ihnen helfen, Solidarität gegen sie üben, das sind Pflichten, welche zu erfüllen wir ihnen gegenüber verpflichtet sind. Uns kann aber auch nicht gleichgültig sein, wie die Gewerkschaften nach dem Krieg beurteilt werden, ob man sie als Fremdkörper im Wirtschaftsleben weiterbehandelt oder ob man ihre Notwendigkeit für das Wirtschaftsleben erkennt. Vor dem Kriege bestand die Gefahr der Entstehung der Gewerkschaften. Diese Gefahr ist noch nicht ganz beseitigt. Sie kann beseitigt werden, wenn die Organisation stark und kräftig über die Kriegszeit hinweg gehalten wird. Die Durchsetzung unserer Wünsche ist aber abhängig von uns. Das können wiederum ich abhängig von der Kraft, die hinter uns steht. Die bürgerlichen Kreise sind nicht mutig. Millionen von Kreisräten geben heraus ins Feld. Man muß die Stunde für sich, aus der Uneinigkeit in den eigenen Reihen. Wir müssen alles daranzetzen, Einigkeit und Geschlossenheit zu erhalten. Nicht nur den Schutz der Versammlungen als Pflicht beizutragen, sondern dieselbe Pflicht für die Agitation in den Betrieben zu setzen, damit wir nach dem Kriege nicht ebenso stark, sondern noch stärker bestehen. Nur so erweisen wir uns und denen, die in unsere Reihen zurückkehren, den besten Dienst. — In der Union sind die beteiligt sich die Kollegen Dittmann, Winter, Peters, Pöhl und Schulz, teils in ergänzendem Sinne, teils offizielle Erträgungen in den Kreis der Besprechung ziehend. In seinem Schlußwort stellte Kollege Bernick mitverstandenes richtig, besonders bewahrt er sich gegen die Ansicht Dittmanns, daß er wilden Streit des Wort geredet hätte. Nach durch Fragezettel gemachter Feststellung waren 129 Funktionäre vertreten, die sich auf folgende Gruppen und Berichte verteilten: Verfassungsrecht: Blaum & Voß 3, Blom & Voß 8, Hamburg-Amerikanische 4, Beckel & Hering 3, Reichenbergwerk 2 gleich 52. — Dreher und Maschinendauer: Wend & Hambock 5, A. A. Koch 3, Gall & Seitz, Gutmann, Gebr. Burgdorf, Cott, Heimann, Sudau & Bülle je 1 gleich 15. — Formar und Gießereiarbeiter: Michaelis 2, Adler, Hermerling, Rabba, Burghardt, Schrödermann, Geise, Diez, Rückert & Simonis je 1 gleich 10. — Heizungs- u. K. O. Pleiner 5, Böhr & Co. 1, Döring 1, gleich 7. — Baumwolle: Koch, Seidler, Spiegelberg, Eggers & Co., Clement & Sohn, Füller, Adolf Lange je 1 gleich 6. — Klempner: Mahns & Ziegelmeyer.

Ludolph & Heide 2, Wöltcher 1, Dösser 1 gleich 5. — Schmiede und Feuerfeuer: Halle & Lange 2. — Metallwarenfabriken: Ferdinand Müller 3, Gebr. Gebr. Schmidt & Sohne je 1 gleich 5. — Zigarettenmanufakturen: Gebr. Goissi 1. — Außer den oben genannten waren noch anwesend 7 Mitglieder der Verwaltung, die Angestellten der Büros und die Bezirksklassifizierer und 5 Gruppenleiter.

Hanau. Die hiesige Verwaltungsstelle unseres Verbandes hielt am 12. Februar ihre Jahrestagerversammlung ab. Kollege Schott von der Bezirksleitung sprach über die Tätigkeit der Gewerkschaften während und nach dem Kriege. Bei Beginn des Krieges fand eine gewaltige Arbeitslosigkeit ein, die zu den schlimmsten Befürchtungen führte. Erst nach und nach erholt sich die Industrie, soweit sie mit Kriegsleistungen beschäftigt wird. Die Versuche der Unternehmer, die Löhne zu drücken und die Löhne außer Kraft zu setzen, sind durch die Gewerkschaften bereit gestellt worden. Nachdem die große Arbeitslosigkeit beseitigt ist, ist es den Gewerkschaften auch wieder möglich gewesen, größeren Einfluss auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Da der Bekleidungs- und Hausratshersteller unter Mitwirkung der Verbände und Militärbürokratie die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festgelegt werden. Zu der Metallindustrie ist durch den eingesetzten Mangel an brauchbaren Arbeitskräften eine Steigerung der Löhne ermöglicht worden. Allerdings nicht überall, sondern nur dort, wo sich unsere Kollegen gerührt haben und sich durch die Drohung mit dem Schüttengraben nicht abhalten ließen, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Die bekannte Verfigung des Kriegsministeriums und der Feldzeugmeisterei in Berlin, wonach die Freizügigkeit zum Teil aufgehoben wurde, ist von den Unternehmen in recht einseitiger Weise ausgelegt worden. Erst auf energischer Einspruch unseres Verbandes in Berlin wurde dann ein Ausdruck eingesetzt, der die Aufgabe hat, die Bezeichnungen zu prüfen und zu schützen. Der Vorstand hat versucht, solche Ausschüsse für das ganze Reich zu errichten. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller scheint hier aber seinen Einfluss auf die Militärbürokratie geltend zu machen, um die Errichtung weiterer Kriegsausschüsse zu verhindern. Die Gewerkschaften waren also während des Krieges sehr wohl in der Lage, auch die Lohnkampfpolitik fortzuführen, besonders in den Orien und Berufen, wo die Kollegen aus sich selbst heraus, ohne Furcht vor der Drohung mit dem Schüttengraben ihre Forderungen geltend machen. Die Gewerkschaften können aus sehr naheliegenden Gründen nicht die gleiche Lohnkampfpolitik treiben, wie in Friedenszeiten. Die Aussicht, daß nur durch Massenaktionen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen sind, hat schon vor dem Kriege keine Berechtigung gehabt. Aus den Erfahrungen während des Krieges darf man ganz offen sagen, daß auch da, wo jeder Einzelne seine Sache vertritt, ohne zu fragen, ob die Organisation hinter ihm steht, Erfolge erzielt werden sind. Wo es an dem Plute und dem Willen des einzelnen mangelt, sind auch durch Massenbewegungen besondere Erfolge nicht zu erzielen. Der einzelne muß in der Gesamtheit mehr seinen Mann stehen, seine Pflicht und Schuldbigkeit tun. Wer die Aufgaben, die die Gewerkschaften während des Krieges zu erfüllen bestrebt waren, sachlich würdig, muß zu der Überzeugung kommen, daß eine andere Stellung der Gewerkschaften ganz unmöglich war und daß die Hoffnungen und Erwartungen, die hier und dort an die Gewerkschaften geknüpft worden sind, nicht erfüllt werden können. Wenn trotzdem das Streben für die Organisation schwundet und zu Bedenken Anlaß gibt, so liegt das nicht daran, daß die Gewerkschaften während des Krieges ihre Aufgaben nicht erfüllt haben, sondern in der Pflichtverleistung der Zivildienste gebunden. Keine Zeit ist für die Agitation geeigneter als die gegenwärtige. Bei der Agitation muß man sich natürlich über Weisen und Wahlen der Gewerkschaften klar sein. Man muß wissen, welche Aufgaben die Gewerkschaften zu erfüllen haben und sich streng an diese Arbeiten halten. Beachtet man diese nicht, so kommt man zu falschen Schlussfolgerungen und Enttäuschungen. Die Gewerkschaften sich während des Krieges in den Dienst der Allgemeinheit gefestigt haben, werden sie das auch in Zukunft als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Wenn mancher hofft, daß man aus Dankbarkeit der Bürgen der Arbeiter nach dem Kriege Rechnung tragen wird, der irrt gewaltig. Es hat keine Verschiebung der Gegenläufe stattgefunden, sondern eine Verschärfung. Die Großkapitalisten suchen bei der Neuordnung der Dinge sich den nötigen Einfluß zu sichern. Auch die arbeitende Klasse kann dieser Gestaltung nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie muß versuchen, ihren Einfluß in genügendem Maße zur Geltung und zum Ausdruck zu bringen. Ihr Einfluss aber wird abhängen von ihrer Zahl, diese wiederum von der Zahl derer, die sie vertreten. Schon vor langer Zeit hat das „Kartell der schaffenden Stände“ seine Wünsche am maßgebenden Stelle klar zum Ausdruck gebracht, die Arbeiter müßten genau dasselbe tun. Leider liegt die Gefahr vor, die auch jeder, der die Dinge zu würdigen versteht, erkennen muß, daß durch den Streit im eigenen Lager unser Einfluß um ein ganz bedeutendes herabgesunken ist. Die Frauenarbeit, die in die Industrie eingedrungen ist, wird zu einem erheblichen Teil verschwinden und auch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren Einfluß ausüben. Die Frauen werden durchweg niedriger entslohn als die Männer. Wenn die Frauen nicht selbst bemüht sind, den gleichen Lohn zu fordern, die Unternehmer haben keine Neigung dazu. Den alten Grundsatz: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit lassen die Unternehmer nicht gelten. Bei der Beschäftigung von Kriegsverletzten ist die Gefahr vorhanden, daß auch diese, wie die Frauen, als Lohnarbeiter benutzt werden. Wir haben die Pflicht, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei aller heutige zur Schau getragenen Vaterlandsliebe werden die Unternehmerverbände immer stärker hervortreten. Lassen sich aber schon gesunde Arbeiter mit dem Schüttengraben einschüchtern, dann ist es unmöglich, den Kriegsverletzten einen Vorwurf zu machen, wenn sie durch die Drohung, keine Beschäftigung zu erhalten, sich den Unternehmern erfüllig erweisen. Wir sind verpflichtet, auch für die Frauen und die Kriegsverletzten mit voller Kraft einzutreten. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wenn wir die Verletzten ihrem Schicksal überlassen, so werden sie für Fahrzeuge eine ständige Gefahr für die Gewerkschaften sein. Sie als Arbeiterskollegen betrachten, ihnen helfen, Solidarität gegen sie üben, das sind Pflichten, welche zu erfüllen wir ihnen gegenüber verpflichtet sind. Uns kann aber auch nicht gleichgültig sein, wie die Gewerkschaften nach dem Kriege beurteilt werden, ob man sie als Fremdkörper im Wirtschaftsleben weiterbehandelt oder ob man ihre Notwendigkeit für das Wirtschaftsleben erkennt. Vor dem Kriege bestand die Gefahr der Entstehung der Gewerkschaften. Diese Gefahr ist noch nicht ganz beseitigt. Sie kann beseitigt werden, wenn die Organisation stark und kräftig über die Kriegszeit hinweg gehalten wird. Die Durchsetzung unserer Wünsche ist aber abhängig von uns. Das können wiederum ich abhängig von der Kraft, die hinter uns steht. Die bürgerlichen Kreise sind nicht mutig. Millionen von Kreisräten geben heraus ins Feld. Man muß die Stunde für sich, aus der Uneinigkeit in den eigenen Reihen. Wir müssen alles daranzetzen, Einigkeit und Geschlossenheit zu erhalten. Nicht nur den Schutz der Versammlungen als Pflicht beizutragen, sondern dieselbe Pflicht für die Agitation in den Betrieben zu setzen, damit wir nach dem Kriege nicht ebenso stark, sondern noch stärker bestehen. Nur so erweisen wir uns und denen, die in unsere Reihen zurückkehren, den besten Dienst. — In der Union sind die beteiligt sich die Kollegen Dittmann, Winter, Peters, Pöhl und Schulz, teils in ergänzendem Sinne, teils offizielle Erträgungen in den Kreis der Besprechung ziehend. In seinem Schlußwort stellte Kollege Bernick mitverstandenes richtig, besonders bewahrt er sich gegen die Ansicht Dittmanns, daß er wilden Streit des Wort geredet hätte. Nach durch Fragezettel gemachter Feststellung waren 129 Funktionäre vertreten, die sich auf folgende Gruppen und Berichte verteilten: Verfassungsrecht: Blaum & Voß 3, Blom & Voß 8, Hamburg-Amerikanische 4, Beckel & Hering 3, Reichenbergwerk 2 gleich 52. — Dreher und Maschinendauer: Wend & Hambock 5, A. A. Koch 3, Gall & Seitz, Gutmann, Gebr. Burgdorf, Cott, Heimann, Sudau & Bülle je 1 gleich 15. — Formar und Gießereiarbeiter: Michaelis 2, Adler, Hermerling, Rabba, Burghardt, Schrödermann, Geise, Diez, Rückert & Simonis je 1 gleich 10. — Heizungs- u. K. O. Pleiner 5, Böhr & Co. 1, Döring 1, gleich 7. — Baumwolle: Koch, Seidler, Spiegelberg, Eggers & Co., Clement & Sohn, Füller, Adolf Lange je 1 gleich 6. — Klempner: Mahns & Ziegelmeyer.

Über 1400 haben bereits im Kriege ihr Leben lassen müssen. Ein Drittel der noch vorhandenen Mitglieder arbeiten in anderen Berufen. Unter sozialen Verhältnissen arbeiten noch 13 933 Männer und, das ist etwa ein Viertel der Zahl vor dem Kriege. Der Kassierer Weiß er rechtfertigte beim Kassenbericht die Maßnahmen des Vorstandes. Es sei nicht zu empfehlen, das Statut jetzt wieder voll in Kraft zu setzen. Matz, der Schriftleiter des Verbandsblattes, führte aus, dieses habe an den Vorgängen in der sozialdemokratischen Partei nicht stillschweigend vorübergehen können. Der Verband habe seinen selben gegen Beispieldisziplinversuche aufzukämpfen müssen und wisse aus eigener Erfahrung, was solche inneren Kämpfe bedeuten. Es sei vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus das Gebot der Stunde gewesen, an den Politik vom 4. August festzuhalten. Einige Redner unterstützten diese Ausschüttungen. Eine gegenteilige Meinung fand nicht zum Ausdruck. Ueber die Tarifverhandlungen berichtete der Vorsitzende Streine. In der Aussprache hoben die Redner durchweg hervor, daß die erzielten Lohnzulagen im Verhältnis zur Leistung nicht genügen. Ammerbirn sprach über die neuen Vereinbarungen einstimig an. Robert Schmidt (Generalkommission) sprach über die Aufgaben der Gewerkschaften nach Friedensschluß, über den Bauarbeiterkampf Heinke.

Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten.

Am selben Tage, wo der Kollege Hue im preußischen Regierungshaus wichtige Arbeitserfragen behandelt (siehe diese Nummer der Metallarbeiter-Zeitung), sprach auch der Abgeordnete Dr. Höchling (nationalliberal, Besitzer bedeutender Eisen- und Stahlwerke, auch in Verbindung mit dem Sigma Stumm). In seiner Rede ist folgender Stelle (amtlicher Bericht, Spalte 575 und 576) besonders beachtenswert:

„Meine Herren! Die in sachlichem Tone vorgetragenen Ausführungen des Herrn Kollegen Hue geben mir nur wenig Platz, mich mit ihm zu beschäftigen. Herr Kollege Hue hat es getötet, daß die Frauarbeit, die sich während des Krieges auf alle nur erdenklichen Gebiete erstreckt hat, müsse die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn es besteht die Gefahr, daß die Unternehmer auch nach dem Kriege die Frauenarbeit beibehalten, weil sie billiger ist. Das bei Altvordern die Frau weniger erhält als der Mann, sei entschieden zu verurteilen. Hiergegen müssen die Gewerkschaften mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anstrengen. Es sei daher nötig, daß die Kollegen, die nicht im Felde seien, die Organisation hochhalten, damit die Kollegen, die vom Felde als Invaliden zurückkehren, nicht zu Lehmtrüdeln zu werden brauchen, sondern daß die ganze Arbeiterheit ihnen helfend zur Seite steht und für ihre Rechte eintrete. Wir gehen schweren Zeiten entgegen, auch nach dem Kriege, und wenn wir dann nicht gerüstet sind, dann haben die Unternehmer leichtes Spiel zum Schaden der Arbeiterschaft. An den mit Verfall ausgetretenen Vortrag soll sich eine kurze Fortsetzung, in welcher die Ausschüttungen des Vortragenden unterstrichen wurden. Der Kassenbericht ergab für die Hauptklasse in Einnahme und Ausgabe die Summe von 33 075,86 M. Unter den Ausgaben sind besonders zu erwähnen: Für Krankenunterstützung 1778,29 M., Arbeitslosenunterstützung 537,17 M., Röntgenunterstützung 205 M. und für Sterbegeld 965 M. Die Abrechnung der Lotteriaffäre ergab die Summe von 20 654,23 M. in Einnahme und Ausgabe. Auf Vorlage des Gold- und Silberarbeiter wurde einstimmig beschlossen, für dieses Jahr von einer Neutrale der Ortsverwaltung abzusehen und die alte Ortsverwaltung im Amt zu belassen.“

Stuttgart. Wie alle Verwaltungsstellen, ist auch unsere durch den Krieg arg in Misereidenschaft gezeugt worden. Die schon vor dem Kriege vorhandene Arbeitslosigkeit wurde bei dessen Ausbruch fast aufgehoben. Die sofortige Einberufung von 248 Mitgliedern holte die Polizei zwar etwas auf, aber immerhin waren noch arbeitslose Mitglieder in großer Zahl vorhanden. Mit Beginn des Jahres 1915 wurde dann glücklicherweise Arbeitsgelegenheit, hauptsächlich durch Heereslieferungen, für alle Arbeiter geboten. Lohnkürzungen fanden trotz wiederholter Ankündigung nicht statt, im Gegenteil wurden im Laufe des Jahres in den größeren Betrieben kleinere Lohnauskünfte erreicht. Von rund 800 Mitgliedern unserer Verwaltung bei Beginn des Krieges wurden bis zum 31. Dezember 1915 608 zum Militärdienst einberufen. Die zurückgebliebenen Kollegen befürchten sich leider nicht ernstlich um den Verband. Dies betrifft der sehr schlechte Versammlungsbesuch. In einer Zeit, wo die Geschäftsführung der Verwaltung zweimal gewechselt wurde, wäre es Pflicht jedes Kollegen, jede Versammlung zu besuchen. Man muß selber an der Weiterentwicklung unseres Verbandes Anteil nehmen und nicht immer denken: die Ortsverwaltung wird es schon machen.“

Rundschau

Gewerkschaftliches.

Kupferschmiede. Durch den Tod des bisherigen ersten Vorständen und Redakteurs Saupe machte sich eine Erfahrung notwendig. Centralausschuß und Vorstand, denen nach dem Statut des Verbandes diese Wahl, sofern sie sich während einer Amtsperiode notwendig macht, obliegt, haben den bisherigen zweiten Verbandsvorstand M. Hecht einstimmig zum ersten Vorständen und Redakteur des Kupferschmied gewählt. Die Stellung als zweiter Vorständen und Agitationsleiter wurde unter den Verbandsmitgliedern ausgeschrieben. Unter den vier Bewerbern wurde der bisherige Vertreter des Centralausschusses Paul Abe (Dresden) gewählt; er wird zum 1. März 1916 die Stellung antreten. Eine am 20. Februar 1916 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende Konferenz der Bezirksleiter, des Centralausschusses und des Verbandsvorstandes bestätigte diese Wahl. Die Konferenz beschäftigte sich ferner mit der Frage: Wie ist der vor und nach dem Friedensschluß zu erwartenden Veränderungen des Gewerkschaftsverbandes? Wer die Verbandsmitglieder ausführte, ließ sich nicht voransetzen, wie sich die Arbeitsverhältnisse kurz vor Friedensschluß und bei Beendigung des Krieges gestalten werden; mit großer Wahrscheinlichkeit sei an zunehmen, daß die dann sicher eintretende Störung in der Industrie auch den Kupferschmiedearbeiter eine größere Arbeitslosigkeit bringen wird. Da ferner zu erwarten sei, daß infolge der Verfestigung der Gewerkschaft, die mit Verabsiedlung des Krieges nicht jüngst schwächer wurde, wieder lebhaft wirtschaftliche Kämpfe einbrechen werden, so gelte es zwischen Vorworte zu treten. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, Centralausschuss und Vorstand aufzufordern, falls die Arbeitslosigkeit einen größeren Umfang annimmt, den statutarischen Regelungen zu entsprechen, und rechtzeitig eine Erhöhung der Verbandsbeiträge vorzunehmen; sollte auch das nicht ausreichen, so müsse eine mäßige Kurzzeitung der Kupferschmiede erfolgen. Die Arbeitslosenunterstützung soll unter allen Umständen in der statutarischen Höhe aufrecht erhalten bleiben. Es wurden ferner einige Anträge angenommen, die eine bessere Regelung des Arbeitsnachreizes beziehen, der Centralvorstand soll als Hauptvermittlungsstelle zwischen den Bezirken wirken. — Die vom Verband auf Grund von Erfahrungen seit Friedensschluß gezahlte Familienunterstützung wurde vom 1. März 1916 auf 5 M. für die Frau, auf 1 M. für jedes Kind den Monat heraufgestellt, jedoch soll für die spätere Eingezogenen in den ersten fünf Monaten der höhere Satz von 9 M. und 2 M. bestehen bleiben. — Weiter beschloß die Konferenz, während der Kriegsdauer vierteljährlich Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit und die Höhe der Löhne vorzunehmen. Die so gewonnenen Resultate sollen nach Friedensschluß bearbeitet und veröffentlicht werden. — Den Verbandsangestellten wurde eine Teuerungszulage vom 1. Oktober

zu einer Machtprobe kommen, sondern nur dann, wenn sich auf dem Wege der Verhandlungen seine Verständigung erzielen ließ. Wie liegen aber nun diese Fragen für die deutsche Arbeiterschaft in der Wirklichkeit? Es ist unser heißester Wunsch, daß uns das anbrechende Jahr den von allen Völkern aus tiefstem Herzen ersehnten Frieden bringen möge. Wenn er aber kommt, so wird er unentbehrlich viel Erfülltes im Leben des einzelnen wie der ganzen Volksgemeinschaft wieder aufzubauen haben.

Dann kann der von Herrn Heile angeführte Sach und an diesen Knüpfte der Verfasser die Mahnung, daß die Arbeiterschaft von dieser Gemeinschaft nicht aus Rücksicht auf das „Prinzip“ des Klassenkampfes fernbleiben dürfe, wenn sie nicht Gefahr laufen wolle, doch folgentümliche Entscheidungen ohne ihre Mitwirkung und in einer Weise treffen würden, die die Angehörigen der Arbeiterklasse schwer schädigen. Die Neujahrsbetrachtung fließt aus in einer Mahnung, die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterschaft unangetastet zu lassen.

Das ist der vollständige Sachverhalt.

Gewerbegerichtliches.

Zeugnis. sk. Kann ein mit Dreherarbeiten beschäftigt gewesener Gürler ein Zeugnis als „Dreher verlangen?“ Der Gürler X. war während des Krieges mehrere Wochen in einer Fabrik mit Bohrgeräten, hauptsächlich aber mit Drehen von Steinäderen beschäftigt gewesen. In seinem Abgangszeugnis wurde er als Maschinentechniker bezeichnet, legte aber auf Ausstellung eines Zeugnisses als Dreher. Die befragte Firma wünschte ein, durch ein solches Zeugnis würden andere, die wirklich das Dreherhandwerk ordnungsmäßig gefertigt hätten, geschädigt. Das Gewerbege richt in Berlin verurteilte die Firma am 14. Dezember 1915, dem X. ein Zeugnis auszustellen, daß er mit Bohren und Drehen von Steinäderen beschäftigt gewesen sei. Aus der Vergütung des Urteils sei folgendes bestorgehoben:

Es ist richtig, daß die Arbeiter, die der Kläger gemacht hat, Dreherarbeiten waren. Es ist also falsch, ihn vorher Hand als Maschinentechniker zu bezeichnen. Unerheblich ist dabei, ob der Kläger seine Arbeit gut oder schlecht gemacht hat, denn Sinn und Zweck einer Arbeitsbeschreibung ist nicht sein Urteil darüber, wie der Arbeiter gearbeitet hat, sondern eine Aufzählung, was er gearbeitet hat. Auf der anderen Seite verlangt der Kläger aber zuviel, wenn er ein Zeugnis als Dreher verlangt. Wie er selbst zugegeben hat, ist er kein geübter Dreher, sondern geübter Gürler und hat erst ganz allmählich während des Krieges sich das Dreherhandwerk angeeignet. Er hat auch nicht etwa jämmerliche Manipulationen vom Dreherhandwerk erlernt — wie er selbst nicht bestreiten hat, hat er seine Dreherarbeiten bisher nicht gemacht. Werkzeuge und Montierteile hat er insbesondere noch nicht gefertigt. Demnach ist er auf keinen Fall mit einem ordnungsmäßig ausgebildeten Dreher auf gleicher Stufe zu stellen. Was der Kläger sonst, ist lediglich ein Teil dessen, was von dem Dreher verlangt wird. Demnach muß auch dementsprechend das auszufüllende Zeugnis lauten. Unter diesen Umständen hat das Gericht die befragte Firma verurteilt, dem Kläger ein Zeugnis des Inhalts auszufüllen, daß er mit Bohren und Drehen von Steinäderen beschäftigt war, und die weiteren Ansprüche des Klägers abzumessen. Der Kläger hatte noch 230 H Schadensverlust verlangt, weil er mit seinem Zeugnis als Dreher keine Siedlung gefunden habe, das Gewerbegericht sprach ihm aber nur 50 H zu. Der Kläger hätte Stellung als Maschinentechniker annehmen können. Er hätte dann immerhin ziemlich erheblicher Verdienst gehabt. Das Gericht war indessen der Ansicht, daß auch in solchem Falle der Kläger Berücksicht in seinen Einnahmen erhalten hätte. (Vergl. Gewerbe- und Kaufmannsgericht Jahrgang 1915, Spalte 80 ff.)

Volkssfürsorge.

Die Vermögenszunahme der Volkssfürsorge ist trotz des nun schon 18 Monate dauernden Krieges ganz regelmäßig verlaufen. Bis zum 26. Februar 1916 waren als Sicherung der Ansprüche der Versicherten im Rentenversicherungsamt zugestellt 2 863 950 H, davon in Hypotheken 2 213 915 H und in Rentenbriefen 650 000 H. Weiter sind jetzt angelegt in Rentenbriefen 550 000 H, in Hypotheken 453 000 H, bei der Bank 219 965,30 H, in Kommunalabschlägen 50 000 H, dazu kommen in sonstigen Guthaben 262 522,74 H, so daß ein Gesamtvolumen von 4 419 488,04 H festgestellt ist. Das Zeugnis ist der Volkssfürsorge, das schon im Januar einen merklichen Aufschwung nahm, ist im Februar noch besser geworden. Es waren im ganzen 1793 Anträge zu erledigen, gegen 1279 im Januar und gegen 880 im Durchschnitt der zwölf Monate des Jahres 1915.

Japanische Spielwarenfabrikanten.

Ein japanischer Industrieller teilte in folgendem den Auszug aus einem Briefe mit, den er länglich von einem amerikanischen Geschäftsfreund erhalten hat und der folgende Angaben über die Verdrängung der deutschen Industrie vom Weltmarkt enthält:

„Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Japaner ein rüfiger Faktor im Spielwarengeschäft werden und die daraus allgemein verbreitete Meinung, daß die japanischen Waren infolge ihres orientalischen Geschmacks und ihrer minderwertigen Qualität nie sehr populär werden würden, stimmt nicht mehr. Seit Anfang des Krieges haben die Engländer und nicht minder die Amerikaner ihr Blühpotenzial verloren. Die japanische Industrie zu leben. Man sieht wahrscheinlich Spezialisten, die den deutschen ja längst nachgeholt sind, das kann ja verleumt. Es alle möglichen Fabrikanten und die Herren jetzt hinzugekommen. Sie eignen sich für mich in wohl der Umstand, daß die Farbe dort jetzt so beliebt werden kann, welche die japanischen Spielwaren tragen; ich habe verschiedene Artikel gekauft, die ich für denkbar halte, als ich habe, daß die Farbe aus Japan kommt. Die guten Deutschen haben bis jetzt sehr gut gefertigt, als die gelben Herren so großes Interesse an einem Blühpotenzial zeigen, und kann Ihnen alle, was sie tragen wollen, auf die Fäste schlagen, ihnen Gehör zu eingeräumt und alle möglichen Distributionssysteme herstellen usw. Jetzt haben sie das Material daran. Eine andere Farbe, die meiner Meinung nach jetzt durch den Krieg für Deutschland verloren geht, kann die der Deutschen kommen. Dieses Land kann nur ganz besonders für die japanische Industrialisierung zu eignen, denn die Hauptstadt, Tokio, kommt ja von dem bezüglichste von Asien, wo sie überall die Schuhe natürlich sehr billig machen.“

Es erscheint mir etwas unverständlich, daß auch Amerikaner ihr Blühpotenzial geben haben sollen, um die japanische Industrie zu fördern, denn eben nicht eben das ist, daß die Japaner über uns, der Lang mit den Amerikaner Gütern zusammenzutragen, wenn wir das Engländer zu ein solcher „Verdrängung“, der ja auch gegen die Amerikaner nicht eher zu erkennen zu dem „Gefecht“ der Japaner, tatsächliche Spielarten zu fordern, es nicht zu erwarten. Wir sagen aber: „Sonne möglicher gilt nicht.“

Was deutsche Schuhindustrie?

Unter keinem Sonnen steht die Gewerbezeitung (Bundeskirche vom 21. Februar) folgendes:

„Im November kauft Dr. J. Müller auf eine Fülle einer Anzahl, für die einzige der weitaus angesehensten iranischen Fabriken ein Sammelstücke bestellt. Es ist dies Lactaca vicina, der Schuhart, der im Elsass bis nach Dresden, an der Donau ebenfalls gesucht wird nach Seiden und schwarzen Sohlen verarbeitet. Die zweitgrößte Fabrik ist aus dem gleichen Grund und ebenfalls Seide eine große aus dem Westen entstehen. Da einen überwundenen Zeitraum wie auch in der östlichen Provinz und jetzt in der östlichen Provinz, aus denen bei einer Verbindung ein sehr leicht beweglich ist und jederzeit überzeugt ist, daß es zu einer Verbindung, auf plausiblen Basis gekommen ist. Der Preis ist momentan bereits 19,00 Pfund des Kilogramms und 0,10 Pfund des gewöhnlichen Flügelgewichts, während die entsprechenden Waren (Heteria brasiliensis und Lickia elastica) ungefähr 0,3 Pfund ihres Gewichts gewogen liegen. Bei den höheren Preisen ist noch größere Nachfrage zu erwarten, besonders, wenn man bei geringer Erhöhung auf die Kosten der

höchsten Saftproduktion ermittelt haben wird. Wie weit freilich im übrigen die Pflanze für die Kultur geeignet ist und welches die Güte des aus ihr gewonnenen Kautschuk ist, läßt sich bisher noch nicht mit Bestimmtheit feststellen.“

Da die deutsche Pflanzentirett schon sehr genau durchforscht ist, so erscheinen diese Angaben uns vorläufig unwahrscheinlich. Sollten sie sich jedoch bestätigen, so wären sie zwar erstaunlich, indessen wird es noch ziemlich lange dauern, bis es möglich ist, in Deutschland eine solche Menge Kautschuk zu erzeugen, daß sie auch nur einigermaßen ins Gewicht fällt.

Die gewerkschaftliche Internationale in romanischer Beleuchtung

Der Gutenbergs, das Blatt des Romanischen Typographenbundes (französisch-schwedischer Buchdruckerverband), bringt eine ausführliche Beleuchtung des gegenwärtigen Standes der gewerkschaftlichen Internationale. „Ist die gewerkschaftliche Internationale wirklich zusammengebrochen?“ wird gestellt und darauf nach der Überzeugung des Helvet. Typographia im wesentlichen geantwortet:

„Ja, aber nicht mehr als alle anderen sozialen Gruppen, die Religion, die Wissenschaft usw. Weil noch eine junge Kraft war sie nicht stark genug, um den Krieg auszuhalten. Man weiß, daß die internationale Bewegung der Arbeiter seit einigen Jahren datiert. Doch hatten einige Arbeiterverbände, wie die Elektro- und Holzarbeiter, Steinmetz, Buchdrucker, Lithographen, Typographen usw. internationale Sekretariate errichtet, deren Aufgabe jedoch nur darin bestand, Statistiken aufzustellen, die Sozialbewegungen keine Scherlein beizutragen und da und dort etwas einzutreten.“

Zu diesen Berufsschreitern kam im Jahre 1913 ein internationales Gewerkschaftssekretariat mit Sitz in Berlin. (Stimmt nicht. Das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen wurde schon 1902 gegründet. Metallarbeiter-Zeitung.) Diesem Sekretariat war es nur während sechs Monaten gegönnt, seine Tätigkeit, die jedoch jedenfalls eines anderen internationalen Sekretariats nicht übertraf, zu üben. Wenn sich die gewerkschaftliche Bewegung nicht früher organisiert hätte, so sind es vielleicht Ursachen und gewisse Arbeitergruppen sind verantwortlich für die Verzögerung der Verwirklichung der gewerkschaftlichen Internationale (man hat zwei Gruppen zu unterscheiden, die sich bei Gelegenheit aber ergänzen: sozialistische Internationale, politische Institution, gewerkschaftliche Internationale, ökonomische Institution).

Wenn man den deutschen Gewerkschaften — sowohl als den deutschen Sozialisten — betrifft, ist die Angesicht des Krieges ihre Gefährdung zu schnell erkannt zu haben, so wie man dann einige Gründe fanden, die sie in dieses Geleise gebracht haben, Gründe, deren Urheber wir, Werkzeug und Angelässtätte sind. Wir Werkzeug haben uns zu fest um die Formeln gestritten. Unsere schenke Zeit haben wir verloren mit Auseinandersetzung von komplizierten Wörtern der Keduzunft, anstatt uns mit leichten ökonomischen und praktischen internationalen Fragen zu beschäftigen. Mit den einfältigen Individualismus zu schützen, haben wir verhindert, Millionen von Menschen der großen Schäferei zu entziehen. Wir waren kleinliche Gewerkschafter, aber nicht im geringsten Internationalisten. Die Engländer waren bemerkenswert organisiert und konnten ruhig mit den deutschen Gewerkschaften den Vergleich aushalten, da und dort der gleiche strategische Geist für unten die Engländer zu national, sie profitierten zu sehr von ihrer geografischen Lage. Man wird sich erinnern, daß sich unsere englischen Kollegen jetzt geweigert haben, unser internationales Sekretariat beizutreten.“

Dieser Egoismus der einen, diese Nachlässigkeit der anderen haben dazu beigetragen, daß sich bei den deutschen Gewerkschaften, welche allein internationale Geist hatten, eine Kluft bilden konnte, welche sie als Hauptzeuge der Menschheit galt.

Die Verantwortlichkeit beim Zusammenschluß der Internationale ist also nicht so groß, wie es den Anschein hat. Jeder Nationaler wird jedem etwas zuschreiben: den welschen Gewerkschaften unheimliches Gefühl, den deutschen vielleicht zu viel Illusion, den englischen zu viel Egoismus.

Wenn nun die gewerkschaftliche Internationale kurz vor dem Krieg nachgegeben hat, so denken wir nicht, daß sie nun nicht mehr sei. Sie wird im Gegenteil praktischere Wege suchen. Wir müssen deshalb unsere Freunde heute schon erlernen. Um die internationale Bewegung zu führen, streben wir eine Nationalisierung der Gewerkschaften. Mit Anwendung auf uns, den Zusammenschluß mit dem Typographenbund.“

Vorstell hat sich der Romanische Typographenbund einmal dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossen. Man wird dem Verfasser zugeben müssen, daß er sich bemüht, tatsächlich zu urteilen, möglichst gleichzeitig Wicht und Schäden zu berichten und im übrigen trotz allem hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

Vom Husland

Schweiz.

Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung (Nr. 9) drückt die in Nr. 2 der Internationalen Metallarbeiter-Kongress erschienene Überzeugung des Berichts vom Kongress des Schweizerischen Metall- und Holzarbeiter-Verbandes ab, der im Verbundes mit der französischen Metallarbeiter-Verbandes ist, der im Verbundes mit der italienischen Metallarbeiter-Verbandes ist. Darin wird auch bemüht, daß der französische Verband einen Vertreter für diesen Kongress bestimmt und diesen bestreut setzt, die Vertreter aller Nationen, auch die von Deutschland zu erwähnen, einen Vertreter, an die im Internationalen Metallarbeiter-Verband vereinigten Metallarbeiter zu unterordnen, der diese endlich alle Rechte für den Frieden zu unterstreichen. Da die französischen Kollegen aber so leicht Angestellte erscheinen hätten, daß die englischen Kollegen nicht eingeladen worden wären, so soll französische Staat meint, aus übertriebenem Zartgefühl, so keiner je die Einladung abgelehnt. Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung betontet dazu:

„Wir bedauern sehr, daß unsere französischen Kollegen sich abgesetzt haben, weil die Engländer nicht eingeladen waren. Die französischen Gewerkschaften haben doch früher einen Teil mit unserer Verbundesorganisation, während England sie verstoßen hat. Man hat schon auch die Unruhen genommen. Die Einladung erfolgte allerdings zufällig genug, daß einer Anregung von Frankreich aus, England eingeladen, nach Folge geleistet hätte werden können.“

Österreich.

Die Österreichische Metallarbeiter-Zeitung im Jahre 1915. Dieser zeitiges Österreich Metallarbeiter-Verband. Durch den Krieg wurde jede Schwerpunktsetzung in Südtirol, der Sudetia und in einem großen Teile von Nordosteuropa und Südtirol eingeschlagen. In Südtirol machen infolge des Einbruches der Krieg von 18 Brüdergruppen 14 mit 1134 Mitgliedern ihre Tätigkeit einzuhören. Ein nach der Schwerpunktsetzung des Krieges war es möglich, schwere Spuren des Krieges wiederzufinden. Die Zahl der Brüdergruppen ging von 215 auf 217 zurück. Die Verschließung in ganz Teile daraus verhinderte, daß in Wien 15 Brüdergruppen bestanden würden. Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende des Jahres 1915 61 450 und 1916 62 221. Bei aufgenommenen wurden im letzten Jahre 11 029, zum Vereinsbetrieb wurden ein 10 611 und aus anderen Gründen treten aus 3 858, so daß am Ende des Jahres noch 29 232 Mitglieder vorhanden waren. Von den 29 232 Vereinsmitgliedern sind 24 eingetragen. Die Gewerkschaften betragen 10 000 Personen, die Kriegsgefangenen 620 000 Personen. Zur Unterstützung werden 166 000 Männer eingesetzt.

Der Bezirkverein der Gießereiarbeiter hatte am Ende des Jahres noch circa 2000 Mitglieder. 1500 wurden neu aufgenommen und 2500 traten ein oder wurden gestrichen werden. Die Gewerkschaften betragen 55 125 Personen, die Kriegsgefangenen 39 258 Personen. Unter den Kriegsgefangenen wurden 14 562 Personen. In Südtirol und anderen Bezirksgemeinden wurde der Verband in 163 Zellen eingerichtet. Bereits ist er mit Freiwilligen über die Gewerkschaft bestreut. Von den vier Bezirksgemeinden sind drei eingesetzt. Der Bezirkverein der Metallarbeiter und Metallarbeiter-Zeitung ist der Bezirk der Südtiroler und drei eingesetzt.

Der Bezirkverein der Metallarbeiter und Metallarbeiter-Zeitung ist der Bezirk der Südtiroler und drei eingesetzt.

nebst 1275 Eingetragenen. Bis zum 30. November wurden aufgenommen 217, es rückten ein 373 und wegen Nichtzahlung der Beiträge wurden gestrichen 305, so daß 2027 Mitglieder verblieben. Eingetragenen wurden 65 339,49 Kronen, ausgegeben 49 750,49 Kronen, davon für Unterstützungen 18 462,92 Kronen. Es war so große Nachfrage nach Arbeitskräften, daß die Stellenangebote die der Stellenangebote um 60 Prozent überstiegen. Infolgedessen gelang es, Lohnhöhungen herbeizuführen.

Sein Bericht der Gewerkschaften, Gold- und Silberjahr miede ist, machte sich der bessere Geschäftsgang im vorigen Jahr dadurch bemerkbar, daß die Zahl der arbeitslosen Mitglieder von 648 auf 9 zurückging. Die Mitgliederzahl sank von 1123 auf 52. Die Gewerkschaften betragen 14 742 Kronen und die Ausgaben 24 970 Kronen, davon an Arbeitslose 1962 Kronen, an 16 arbeitsunfähige Mitglieder 5113 Kronen. Die Lohnverträge mit den beiden Unternehmern verblieben waren am 1. Dezember abgelaufen. Man ließ sie jedoch stillschweigend ein Jahr weiterbestehen, zum Teil, weil wegen Mangel an freigegebenem Material die Aussichten nicht günstig waren. Immerhin gelang es trotzdem, Lohnhöhungen herbeizuführen, besonders in den beiden letzten Jahresmonaten.

Dänemark.

Aussperrung beigelegt. Am 29. Februar wurde aus Kopenhagen mitgeteilt, daß es nach langwierigen Verhandlungen mit Hilfe des staatlichen Vermittlers gelungen sei, einen Ausgleich zwischen den Unternehmen und den Arbeitern zu finden und die Aussperrung aufzuheben, die am folgenden Tage in Kraft treten sollte.

Eingegangene Schriften

Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.

Der deutsch-österreichische Wirtschaftsbund als sozialdemokratische Ausgabe. Von Hermann Krämer. (Kriegsprobleme der Arbeiterklasse, Heft 18.) Berlin-Karlshorst 1915, Verlag des Internationalen Korrespondenz (IK). 14 Seiten. Preis 10,-. — Der Verfasser ist der Meinung, daß die wirtschaftliche Annäherung der beiden Länder für ihre Arbeiterbevölkerung vor teilhaft sei.

Die Störungen an elektrischen Maschinen, Apparaten und Leitungen, besonders deren Ursachen und Bekämpfung. Von Ludwig Hammel, Stahlingenieur. Mit 74 Abbildungen. Dritte vermehrte Auflage. Frankfurt a. M. 1916, Selbstverlag des Verlags fürs (Bismarck-Allee 60). 100 Seiten. Preis in Leinwand gebunden 2,80 M. — Die dritte Auflage des Hammelschen Werkes ist um zwei Abschnitte über Störungen an elektrischen Apparaten und Leitungen erweitert worden und hat überdies einen Anhang (unter Verschiedenes) erhalten, welcher den Wert des Buches wesentlich verneint. Der Abschnitt über Störungen an Umspannern und Transformatoren hat gleichfalls eine Erweiterung erfahren, so daß man im Vergleich zu den früheren Auflagen von einer wesentlichen Verbesserung des Buches reden kann. Das Buch ist seit Kriegsbeginn bereits zweimal erschienen und hat innerhalb zweier Jahren die dritte Auflage erfahren, was gewiß das beste Zeichen dafür ist, daß das Buch in technischen Kreisen, bei Handwerken, Monteuren, Installateuren, Maschinen und dergleichen sich sehr gut eingeführt hat.

Ballenthalbinsel und Morgenland stehen im Vordergrund der Aufmerksamkeit. Dort sind erträgliche Entscheidungen zu erwarten. Es ist daher zu begrüßen, daß in dem bekannten Verlag von Ballenthalbinsel und im Orient.

Die Kriegsschäfte auf der Ballenthalbinsel und im Orient. Sie hat die Größe von 54 × 69 Centimeter und ist in sechs Farben ausgeführt (gefasst 75,-). Die Hauptkarte umfaßt im großen Maßstab von 1 : 2 500 000 die ganze Ballenthalbinsel sowie viele Teile Kleinasiens, Russlands, Oesterreich-Ungarns und Italiens. Auf vier größeren Nebenkarten sind Borderedien mit dem nordöstlichen Afrika, der südasiatischen Kriegsschäfte, Mesopotamien und Unterägypten mit dem Suezkanal dargestellt. Infolge ihres reichen, deutlichen Inhalts und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ist der Ballenthalbinsel eine wertvolle Karte, die weitreichende Ausdehnung besitzt. Der Abschnitt über Störungen an Umspannern und Transformatoren hat gleichfalls eine Erweiterung erfahren, so daß man im Vergleich zu den früheren Auflagen von einer wesentlichen Verbesserung des Buches reden kann. Das Buch ist seit Kriegsbeginn bereits zweimal erschienen und hat innerhalb zweier Jahren die dritte Auflage erfahren, was gewiß das beste Zeichen dafür ist, daß das Buch in technischen Kreisen, bei Handwerken, Monteuren, Installateuren, Maschinen und dergleichen sich sehr gut eingeführt hat.

Bulgarien und die Bulgaren. Von Dr. Kurt Floride. Mit 1 Uebersichtskarte und 26 Abbildungen. Stuttgart, Gesellschaft der Naturfreunde. Gesellschaftsverlagshandlung. 92 Seiten. Preis gehoben 1,-- M. — Als die Japaner den Russen im Kriege so schwere Niederlagen beobachteten, konnte man beobachten, daß viele Europäer plötzlich inflammende Begeisterung für sie und alles Japanische ausbrachen. Gebildete Japaner wunderten sich darüber, daß ihr Volk in seinen Eigenschaften, seinen Liebesserungen und bei seiner Arbeit keinen zu lernen, kann die vorliegende kleine Schrift, eine der diesjährigen Buchbelägen der bekannten Zeitschrift *Wissenschaft* (M. o. s.), sehr wohl dienen. Wir lernen darin die